PB.Z-01-071-3

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Moritz Heuberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 70 bis 72:
und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und überkommene Abläufe. Mit ~~mehr barrierefreien~~einem Anrecht von Bürger*innen und Unternehmen auf E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung

Von Zeile 78 bis 80 einfügen:
soll über einen zentralen Zugang erfolgen. Der Austausch von Unterlagen unter den Behörden muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein. Wir wollen den Bürger*innen volle Transparenz über den Umgang mit ihren Daten ermöglichen. Dazu sollen Zugriff und Verarbeitung von personenbezogenen Daten von staatlicher Seite stets automatisch dokumentiert werden und den Betroffenen jederzeit zur Einsicht zur Verfügung stehen. Damit die Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst digitalisiert werden. Wir setzen uns

Von Zeile 82 bis 85:
Technik ausgestattet wird, vom Gesundheits- bis zum Bürgeramt. Digitalisierung wird das Verhältnis von Staat und Bürger*innen auf eine neue Basis stellen. Wir verfolgen dabei die Vision eines digitalen, antragslosen und ~~auch zum Motor für einen modernen Sozialstaat werden~~proaktiven Sozialstaats. In diesem werden Leistungen des Staates ohne komplizierte Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

Begründung

Die Digitalisierung der Verwaltung soll nicht nur eine Ergänzung , sondern ein Anrecht gegenüber des Staats sein. Außerdem eröffnet die Digitalisierung die Möglichkeit für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht des Staates. Während heute ein Polizist oder eine Steuerbeamtin mal schnell die Akte des Nachbarn oder der Exfreundin in die Hand nehmen kann und sich illegale Informationen beschafft, ist es technisch schon möglich digitale Zugriffe auf Datenbanken zu protokollieren und den Bürger*innen die Kontrolle über ihre Daten zu geben. Diesen Anspruch sollten wir als Bürger*innenrechts-Partei formulieren und die entsprechenden Sicherheiten schaffen. Außerdem sollten wir die Vision eines antragslosen Sozialstaats betonen - dies wäre ein wirklicher Paradigmenwechsel des Sozialstaats.

weitere Antragsteller*innen

Philipp Gärtner (KV Berlin-Neukölln); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Mats Kröger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); David Rüll (KV München); Judith Bogner (KV Mühldorf); Jürgen Hecht (KV Bremen-Nord); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Nicole Rudner (Berlin-Kreisfrei KV); Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Rasmus Andresen (KV

Flensburg); Laura Brehme (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Korbinian Gall (KV Rosenheim); Chris Cranz (KV Köln); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Volker Beer (KV Borken); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hendrik Hinrichs (KV Hamburg-Nord); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Jörg Franzen (KV Saarlouis); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster)